

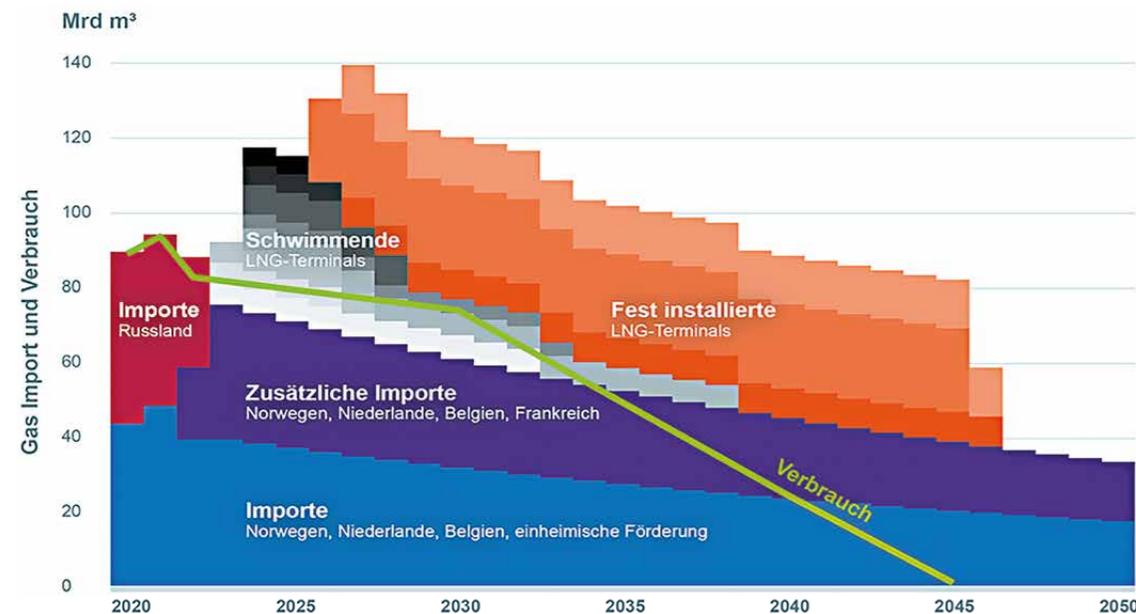
Energiesicherheit & Unabhängigkeit:

Massiv überdimensioniert

Bis heute haben Bund und Länder keine belastbaren Berechnungen vorgelegt, die zeigen, dass eine derart große Anzahl an LNG-Terminals in Deutschland notwendig ist. Denn um das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 zu erreichen, muss der deutsche Gasverbrauch stetig weiter reduziert werden – gegenüber dem heutigen Niveau bis 2030 um etwa ein Fünftel, bis 2035 um die Hälfte und bis 2045 auf fast Null.

Der Bau von LNG-Terminals minimiert hauptsächlich das Risiko einer Unterversorgung bis zum Jahr 2035. Diese Lücke könnte jedoch durch höhere Importe über bereits bestehende Terminals in Belgien, Frankreich und in den Niederlanden geschlossen werden. Diese waren

Erdgasimportkapazitäten im Vergleich zum Verbrauch



Quelle: NewClimate Institute (2022). Pläne für deutsche Flüssigerdgas-Terminals sind massiv überdimensioniert. https://newclimate.org/sites/default/files/2022-12/lng_deutschland_web_0.pdf

in der Vergangenheit nur zu 25 % ausgelastet. Laut dem NewClimate Institute würden auch ambitioniertes Gassparen oder 3 schwimmende Terminals eine Unterversorgung verhindern. Obwohl sie nach 2035 gar nicht mehr benötigt werden, haben diese Terminals eine Laufzeit bis 2043. Der Bau von festen, landbasierten Terminals ist laut Expert*innen überhaupt nicht notwendig.

Der BUND unterstützt ausdrücklich die Ziele der Energiesicherheit und Unabhängigkeit von russischen Energieimporten. Angesichts der Klima- und Umweltschädlichkeit von LNG müssen Planung und Bau von Terminals jedoch auf das nachweislich notwendige Maß reduziert werden.



Ausbau der Erneuerbaren statt Rolle rückwärts!

Der BUND Niedersachsen hat das Vorhaben in Wilhelmshaven aufgrund seiner negativen Auswirkungen auf das Klima und das Wattenmeer aufs Schärfste kritisiert und Widerspruch gegen die Genehmigungen eingelegt. Zu den aktuellen Planungen weiterer Terminals an der niedersächsischen Küste in Wilhelmshaven und Stade beziehen wir derzeit kritisch Stellung. Auch hier erwägen wir – wenn nötig – rechtliche Schritte.

Wir fordern:

- LNG** Bau von LNG-Terminals auf den tatsächlich nachweisbaren Bedarf reduzieren anstatt überdimensionierter Anlagen und Laufzeiten
- §§** Korrektur des LNG-Beschleunigungsgesetzes – keine Erweiterung des Gesetzes wie derzeit von der Bundesregierung geplant!
- Magnifying Glass** Schaffung von Transparenz zur Herkunft des LNG, zu Methoden der Gewinnung wie Fracking und technischen Möglichkeiten der Umrüstung auf Grünen Wasserstoff
- Clipboard** Sorgfältige Prüfung und Bewertung der Umweltfolgen der LNG-Terminals unter Beteiligung der Öffentlichkeit
- Lightbulb** Einen naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren, wirksame Energiesparmaßnahmen und eine konsequente Mobilitätswende

Mehr zum Thema unter:

www.bund-niedersachsen.de/lng



Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Unser Logo gibt es nicht für Geld! Wir finanzieren unsere Arbeit zum größten Teil aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Dadurch bleiben wir unabhängig von Politik und Unternehmen. Regelmäßige Beiträge sind für uns besonders wichtig: sie geben uns finanzielle Planungssicherheit.

Das können Sie tun:

- ▶ Vor Ort selbst aktiv werden
- ▶ Für Klima- oder Meeresschutz spenden
- ▶ BUND-Mitglied werden

Mehr unter:

www.bund-niedersachsen.de/

[spenden-mitglied-werden](#)



Werden Sie aktiv für Umwelt und Natur!

Es gibt viele Wege, etwas zu bewegen. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung, in jeder Form. Aktuelle Aktionen finden Sie unter: www.bund-niedersachsen.de/mitmachen

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Unser Newsletter bietet monatlich aktuelle Infos und Ökotipps. Einfach anmelden unter: www.bund-niedersachsen.de/newsletter

ACHTUNG!
Neue Bankverbindung!

BUND Landesverband Niedersachsen e.V.

Goebenstraße 3a | Tel: (0511) 965 69 - 0 | bund@nds.bund.net
30161 Hannover | Fax: (0511) 66 25 36 | www.bund-niedersachsen.de

Spendenkonto

IBAN: DE 59 3702 0500 0008 4984 04
BIC: BFSWDE33XXX Bank für Sozialwirtschaft



© Ecomare Sybke Dijkse

LNG-Terminals in Niedersachsen

ÜBERDIMENSIONIERT

KLIMASCHÄDLICH

TEUER





Was bedeutet eigentlich LNG?

LNG bedeutet **Liquefied Natural Gas** - also verflüssigtes Erdgas - und besteht zu rund 98 % aus Methan. Produziert wird es, indem Erdgas auf minus 161-164 °C gekühlt wird. Das Volumen wird so um das 600-fache verringert. Hier liegt einer der wenigen Vorteile von LNG: Es braucht wesentlich weniger Platz als Erdgas und kann somit ohne Pipelines in weit entfernte Länder geliefert werden. LNG wird vor allem von den USA, Kanada, Katar, Australien und Russland exportiert.

An der Nord- und Ostsee sollen insgesamt **bis zu 12 Terminals** für die Anlandung und Speicherung von Flüssigerdgas gebaut werden. Hier legen die mit Flüssigerdgas beladenen Tankschiffe an. Das LNG wird dort wieder in den gasförmigen Zustand umgewandelt (regasifiziert) und anschließend in das Gasnetz an Land eingespeist.



Schwimmende LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel wurden bereits eröffnet. Gleichzeitig laufen die Planungen für weitere Standorte wie beispielsweise Stade.



Gefährdeter Lebensraum:
Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer

Überkapazitäten per Gesetz

Das LNG-Beschleunigungsgesetz sieht den Bau von LNG-Terminals und Pipelines in einem beschleunigten Verfahren und ohne Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor. Umweltverbände können so ihre Aufgabe als Natur- und Klimaschützer nur erschwert wahrnehmen. Irreversible Schäden von sensiblen Ökosystemen sind nicht zu verhindern.

Hinzu kommt: Der Betrieb soll bis zum Jahr 2043 erfolgen! Damit schießt Deutschland weit über das Ziel hinaus und zementiert die Nutzung fossiler Energien über die nächsten Jahrzehnte.

Dies ist nicht mit den Klimaschutzzielen vereinbar und wird vom BUND entschieden abgelehnt.



Die Bundesregierung plant derzeit sogar noch eine Erweiterung des LNG-Beschleunigungsgesetzes mit noch mehr Standorten und Gasleitungen.

Von wegen klimafreundlich! Bei Herkunft & Energiebilanz durchgefallen

Erdgas ist ein fossiler Energieträger, der bei seiner Verbrennung CO₂-Emissionen verursacht. Darüber hinaus sind die Förderung, der Transport und die Endnutzung mit dem Austritt von Methan verbunden (sog. „Methanschleupf“). Methan ist dabei noch deutlich klimaschädlicher als CO₂ und trägt stark zum Treibhauseffekt bei.

Bisher erhält Deutschland LNG zum Großteil aus den USA. Diese fördern das Erdgas vor allem mithilfe der umstrittenen Fracking-Methode. In Deutschland ist Fracking aus guten Gründen verboten, denn es ist immer mit massiven Umwelt- und Gesundheitsrisiken verbunden.

Der Transport von auf minus 162 °C heruntergekühltem LNG mit großen Spezialtankern über den Seeweg ist sehr energieintensiv. Hinzu kommt eine aufwändige Weiterverarbeitung und Infrastruktur. Neben einem Schiffsanleger sind Lagertanks, Verdampfungsanlagen und ein Anschluss an das Erdgasnetz notwendig. Das Erdgas muss zunächst abgekühlt, zur Einspeisung ins Erdgasnetz wieder erwärmt und komprimiert werden. Diese Umwandlung verbraucht bis zu 25 % des Energieinhaltes des Gases.

Der Transport und die Wiederaufbereitung von Flüssiggas sind extrem energieintensiv und technisch anspruchsvoll. Die Herkunft ist mehr als fragwürdig und die Gewinnung schädigt Natur und Umwelt.



Wichtige Brückentechnologie? Wohl eher Ressourcenverschwendung durch unverhältnismäßig lange Laufzeit

Laut LNG-Beschleunigungsgesetz haben die LNG-Terminals eine Laufzeit von 20 Jahren. Das widerspricht den Klimazielen von Bund und Land. Deutschland möchte bereits 2045 klimaneutral sein, Niedersachsen sogar bereits 2040!

Die Bundesregierung hat völlig aus dem Blick verloren, dass wir unsere Infrastruktur schon bald von Erdgas auf grünen Wasserstoff umstellen müssen, um die 1,5 Grad Erderhitzung nicht zu überschreiten. Wenn der Import von grünem Wasserstoff aber erst in 2044 beginnt, sind die Klimaziele nicht mehr zu erreichen. Zudem sind schwimmende LNG-Terminals nicht auf Wasserstoff umstellbar.

Es handelt sich demnach um ein herkömmliches, fossiles Infrastrukturprojekt, welches sich durch explodierende Kosten auszeichnet.

Die ursprünglich geplanten 2,7 Milliarden Euro für LNG-Terminalschiffe sind inzwischen auf 6,6 Milliarden Euro gestiegen. Allein in Wilhelmshaven und Brunsbüttel kommen weitere 60 Millionen Euro für Charter-, Bau- und Betriebskosten hinzu. Gelder, die stattdessen deutlich sinnvoller in den Ausbau erneuerbarer Energiequellen investiert werden sollten.

Die Bundesregierung manifestiert auf Jahrzehnte eine fossile Infrastruktur. Damit betreibt sie das Gegenteil von klimaverantwortlicher Politik und verschwendet Ressourcen, die dringend für die Energiewende verwendet werden sollten.



Wenn alle geplanten Terminals in Betrieb sind, kann Deutschland fast zwei Drittel mehr Erdgas importieren als derzeit verbraucht wird!